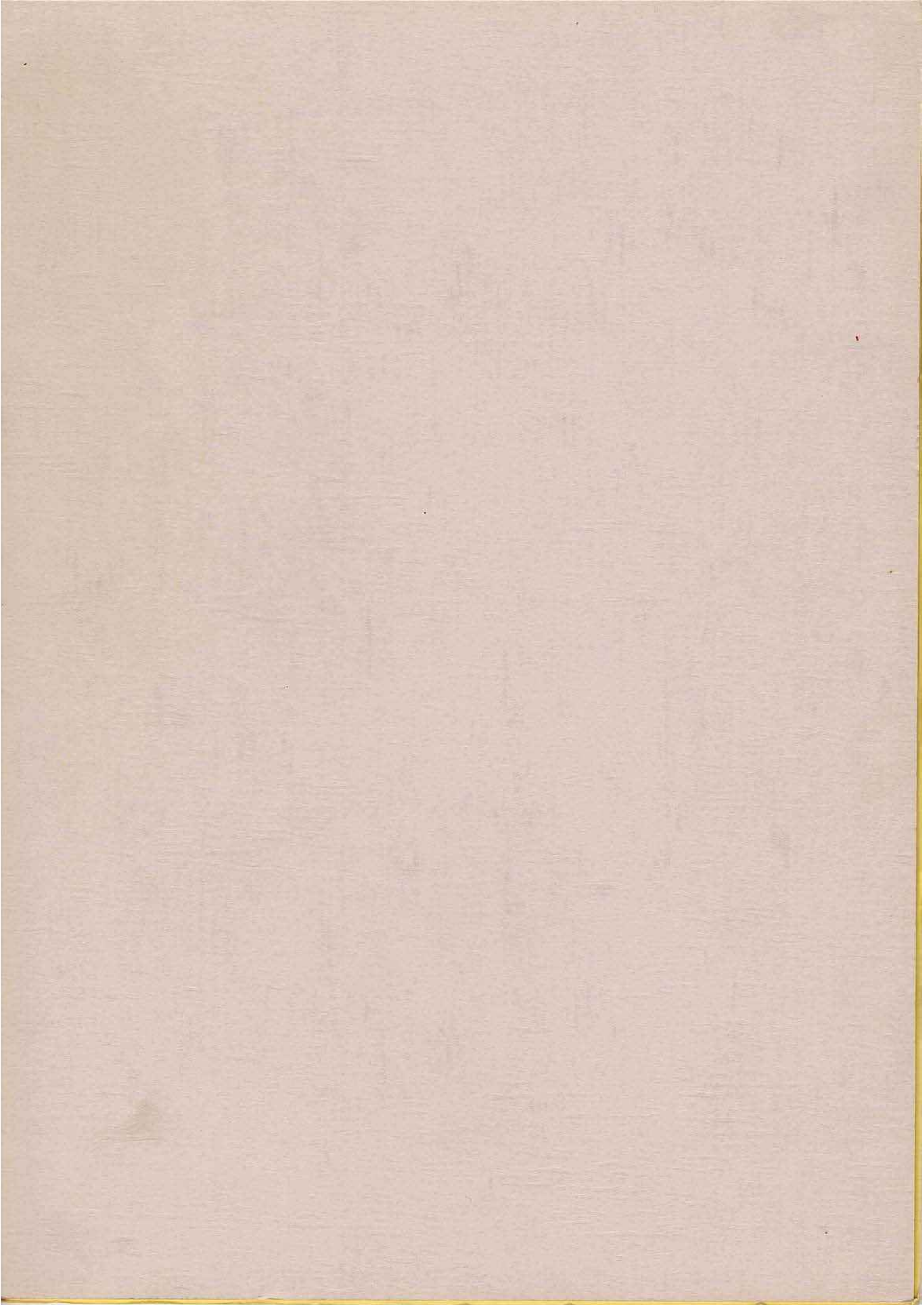


99 Tage Demirel-Regierung, 571 politische-Morde, 10.000 Kommandosoldaten gegen 3.000 streikende Arbeiter in Izmir.

Demirel erklärte dem Volk den Krieg. Polizisten, die die streikende Arbeiter als Schutzschild benutzten, schossen auf die Arbeitersiedlungen. Diese Bilder wurden in der großbürgerlichen Presse als "Terroristenjagd" dargestellt.

TÜRKEI Informationen

Herausgeber:
FİDEF
Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V.



Aufruf

In der Türkei hat die Demirel-Regierung mit der Unterstützung der Generalität einen Großangriff gegen die Bevölkerung eingeleitet. Unter dem Vorwand, die Wirtschaft des Landes zu sanieren, wird die große Mehrheit des Volkes buchstäblich zum Hunger verurteilt. Um den Widerstand gegen dieses Hunger-Programm zu brechen, werden Gewerkschaftler verfolgt, demokratische Organisationen und fortschrittliche Zeitungen verboten. Zehntausende von Soldaten greifen in Izmir Kollegen und Kolleginnen an, die ihre Betriebe nicht zu Stützpunkten für die faschistischen Terrorbanden der "Grauen Wölfe" machen lassen wollen.

Gleichzeitig bereitet die Bundesregierung großangelegte "Hilfsprogramme" für diese Demirel-Regierung vor.

Wir bitten Sie, die demokratischen Kräfte unseres Landes in dieser schweren Stunde zu unterstützen. Protestieren Sie

- gegen das Verbot der Zeitung "POLITIKA" durch die Militärbehörden;
- gegen die Verfolgung der führenden Gewerkschaftler der Türkei durch die Kriegsgerichte;
- gegen die Entlassung und Verhaftung von tausenden von Kollegen und Kolleginnen in Izmir;
- gegen fortgesetzte Unterdrückung des kurdischen Volkes.

Bitte richten Sie Ihre Proteste an die

Türkische Botschaft, Utestraße 47, 5300 Bonn-Bad Godesberg

INHALT



Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD. e.V.

Graphische Arbeiten & Druck: INFOGRAPH- Informationsmaterialien für Jugend & Erwachsenenbildung in deutsch und in Sprachen der Arbeitsemigranten
Tel: 0611/ 59 45 23

Tageszeitung der Gewerkschaft verboten

Am 18. 2. 80 wurde bekannt, daß der Militärkommandant von Istanbul die Tageszeitung POLITIKA, die der Metallgewerkschaft MADEN-IS gehört, verboten hat, weil sie durch ihre Kommentare wiederholt gegen die Weisungen der Befehlshaber verstoßen habe.

POLITIKA, die eine der sechs größten Tageszeitungen der Türkei ist, leistete einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung in der Türkei.

Die POLITIKA half durch ihre Berichterstattung das Informationsmonopol des Großkapitals zu brechen und die Lügen der Reaktion zu entlarven. So hatte sie den Angriff auf TARIS in Izmir bereits einige Tage vorher gemeldet. Sie hatte vor zwei Jahren Dokumente publiziert, die die Verbindung des jetzigen Faschisten-Führer Türkes zu den Geheimdiensten des Hitler-Staates bewiesen. Als einzige Tageszeitung der Türkei verurteilte sie eindeutig die Unterdrückung des kurdischen Volkes. Durch ihren konsequenten Kampf für Demokratie gewann die POLITIKA die Solidarität der fortschrittlichen Menschen in der ganzen Türkei und konnte so die Schikanen der Behörden, die ihr z.B. die Zuteilung von Zeitungspapier verweigerten, überwinden und ihre Auflage kontinuierlich erhöhen.

Alle Mitarbeiter der POLITIKA sind in ständiger Lebensgefahr. Einer der Redakteure, Ali Ihsan Özgür, wurde 1978 von den Faschisten entführt und nach tagelangen Folterungen ermordet. Gegen zwei ihrer Redakteure laufen gegenwärtig Gerichtsverfahren wegen "kommunistischer Propaganda" (§ 142 des türkischen StGB). Der Terror richtet sich auch gegen die Leser der Zeitung: viele von ihnen wurden auf offener Straße angegriffen, zusammengeschlagen oder ermordet.

Da jedoch allen Repressalien zum Trotz diese mutige Stimme der arbeitenden Menschen nicht zum Schweigen gebracht werden konnte, verbietet nun der Militärkommandeur die POLITIKA. Diejenigen, die das Volk mit Gewalt zum Hungern zwingen wollen, wollen auch die demokratische Presse ausschalten, die die Nöte der Menschen zum Ausdruck bringt und auf die Ursachen dieser Not deutet.

Dieses Verbot offenbart das zutiefst anti-demokratische Wesen der Machthaber in der Türkei und lehrt diejenigen, die das Regime in der Türkei immer noch als eine Demokratie sehen wollen, eines besseren.

Demirel-Regierung greift an

Industrieboss als Staatssekretär

○ Als erster Schritt wurde der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie (MESS) Turgut ÖZAL, zum Staatssekretär für Wirtschaftsfragen ernannt. Alle Schlüsselstellungen der Wirtschaft wurden aus den zuständigen Fachministerien ausgegliedert und ÖZAL unterstellt. Damit erhielt dieser Vertrauensmann der in- und ausländischen Monopole unbeschränkte Entscheidungsgewalt über die gesamte Wirtschaft.

44 von 67 Gouverneuren auf einen Schlag weg

Demirel tauschte 56 Provinzgouverneure sowie die Polizeichefs in 44 Provinzen aus (In der Türkei gibt es insgesamt 67 Provinzen). Gleichzeitig mit diesen Umbesetzungen auf hoher Ebene wurden über 300 mittlere Regierungs- und Polizeidirektoren und die Direktoren aller größeren staatlichen Betriebe ausgetauscht. Mit diesen in der Geschichte der Republik einmaligen Maßnahmen hat Demirel die Schlüsselstellungen des Staates mit eigenen Anhängern besetzt.

Generäle sagen "wie?„

○ Am Jahresanfang forderten die höchsten Generäle die beiden größten Parteien des Landes, die Republikanische Volkspartei von Ecevit und die Gerechtigkeitspartei von Demirel zum gemeinsamen Vorgehen gegen die demokratische Kräfte, insbesondere gegen die Gewerkschaften und das kurdische Volk auf. Zu diesem Zweck verlangten sie die beschleunigte Verabschiedung von anti-demokratischen Gesetzen.

O Wenige Tage nach dem Ultimatom der Generalität verlängerte die Demirel-Regierung durch ein neues Abkommen mit den USA die weitere Präsenz von Dutzenden von amerikanischen Stützpunkten (darunter Flugplätze für Kernbomber, Radaranlagen sowie elektronische Horchposten). Der Widerstand der Bevölkerung gegen dieses Abkommen ist in der Türkei so groß, daß die Regierung es nicht wagte, den Text zu veröffentlichen und das Abkommen zur Ratifizierung dem Parlament vorzulegen. Es soll durch einen bloßen Regierungsbeschluß in Kraft treten.

O Am 14.1.80 wurden von dem Militärgericht in Istanbul gegen 7 bekannte Gewerkschaftsführer der Türkei Haftbefehle erlassen. Die Anklage lautet: Kommunistisches Propoganda durch das Singen der "Internationale" auf dem Gewerkschaftstag der MADEN-IS.

O Die ohnehin sehr beschränkten demokratischen Rechte werden durch neue "Gesetzespakete" drastisch beschnitten. Das Versammlungs- und das Demonstrationsgesetz wurden verändert, die Befugnisse der Polizei und der Kriegsrechtsbehörden gegenüber den Bürgern wurden erweitert. Bis auf wenige Ausnahmen wurden alle demokratischen Organisationen verboten und ihre führenden Mitglieder verhaftet.

O Zehn Tage nach der Verhaftung der Gewerkschaftsführer wurde die Abwertung der türkischen Währung um 33 % und die Heraufsetzung der Preise für praktisch alle wichtigen Güter um rund 100 % bekanntgegeben.

Keine Unterstützung für das rechtsextremistische Demirel-Regime

Im Auftrage des Bundesvorstandes der FIDEF, der Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik e.V., hat eine Delegation dem Bundeskanzleramt einen an den Bundeskanzler gerichten Brief überreicht, in dem gegen die Pläne der Bundesregierung, das Demirel-Regime mit einem Milliarden-Programm zu unterstützen, heftiger Protest erhoben wird. Vertreter dieses größten Dachverbandes der demokratischen Arbeiter aus der Türkei erklärten, daß mit dem Brief der wachsenden Besorgnis Ausdruck verliehen wird, die die angekündigten Sofortmaßnahmen der Bundesregierung bezüglich der militärischen und finanziellen Hilfe für die extrem rechtstehende Demirel-Regierung unter den Arbeitern aus der Türkei hervorgerufen haben.

In dem Schreiben wird auch darauf hingewiesen daß die Bundesregierung der vormaligen Ecevit-Regierung zwar einen 900.- Millionen-Kredit zugesagt aber nur ein Drittel davon zur Auszahlung gebracht habe. Damit waren die wirtschaftlichen Schweirigkeiten der Regierung Ecevits, der immerhin der Sozialdemokratie verbunden ist, erheblich verstärkt worden. Andererseits stütze jetzt die Bonner Regierung das reaktionäre, zum Faschismus tendierende Demirel-Regime, das bereit sei, gegebenenfalls einer Militärdiktatur den Weg zu bereiten.

In dem Brief heißt es weiter wörtlich:

".. Mit dem Miliardenprogramm ihrer Regierung stützen Sie ein Regime, welches nach den Worten des früheren Ministerpräsidenten Ecevit gegen die Bevölkerung" mit Nazi- und Gestapomethoden vorgeht; ein Regime, das legitime Streiks der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter unter Einsatz von Panzern und Raketenwerfern bekämpft, alle demokratischen Verbände und eine Reihe von demokratischen Presseorganen verboten hat; tausende von Arbeitern und Angestellten aus den staatlichen Betrieben und Dieststellen hinausjagt, um sie mit faschistischen Elementen zu ersetzen; ein Regime, das die politischen Häftlinge nach Pinochet-Muster in Fußballstadien und Sporthallen unterbringen läß, also vieltausendfach die Menschenrechte in unserem Land mit Füßen tritt, in dem es die demokratischen Grundrechte und Freiheiten rigoros mißachtet und durch Kriegsrecht und Notstandsgesetze ständig abbaut."

Die türkischen Organisationen nehmen in dem Schreiben Bezug auf den "nicht unerheblichen Teils des Steueraufkommens in der Bundesrepublik", den die türkischen Arbeitnehmer erbringen. Sie weisen darauf hin, daß dieser Anteil durch willkürliche Benachteiligungen, wie bei der Festlegung der Pauschale für Familienunterstützung oder bei der diskriminierenden Kindergeld–Regelung noch größer werde.
In dem vom FIDEF-Vorsitzender Hasan Özcan unterzeichneten Brief heißt es zum Schluß:
" ... Genau so wie die deutschen haben auch die Arbeiter aus der Türkei nicht das geringste Interesse daran-und wir stimmen hier voll überein mit den entsprechenden Aussagen des DGB in seinem neuen Programmentwurft, daß die von ihnen erwirtschafteten Steuergelder zu Zwecken verwandt werden, die die Spannungen in den internationalen Beziehungen fördern und den Frieden in der Welt gefährden, in dem sie allein den militärstrategischen Überlegungen der NATO dienen."
Wir fordern Sie, Herr Bundeskanzler, und Ihre Regierung daher eindringlich auf, jede wie auch immer geartete Hilfe und Unterstützung für das Demirel-Regime sofort abzubrechen und sich für die Sicherung der Menschenrechte in Land einzusetzen."

Düsseldorf, den 4.März 1980 FIDEF-Pressesekretariat

Die fortschrittlichen Kräfte schließen sich zusammen

Mitte Januar wurde in der Türkei eine gemeinsame Erklärung der Bewegung "Einheit und Solidarität" ("Einheit und Solidarität" ist eine Bewegung, die sich an der Weltanschauung der Arbeiterklasse orientiert und für die Einheit aller demokratischen und anti-imperialistischen Kräfte des Landes eintritt) der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSIP) und Kurdischer Demokraten veröffentlicht, in der auf die Gefahr einer faschistischen Machtübernahme,auf die Angriffe gegen die demokratische Rechte und Freiheiten, und auf das Chauvinismus hingewiesen und die Notwendigkeit der Aktionseinheit betont wurde. Diese Erklärung rief in der demokratischen Öffentlichkeit der Türkei eine breite Welle der Zustimmung und Solidarität hervor. Die Arbeiterpartei der Türkei (TIP), zahlreiche Gewerkschaften, Berufsverbände und andere berüßten diese Intiative als einen wichtigen Schritt zum Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte des Landes. Auch zahlreiche Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei, die dem Linken Flügel dieser Partei zugerechnet werden, bekräftigten ihre Unterstützung.

Widerstand gegen das Hungerprogramm

Am 26. Januar demonstrierten in Izmir 90 000 Arbeiter. Der progressive Gewerkschaftsverband DISK hatte zu dieser Protestaktion unter dem Motto "gegen die Entlassungen und Versetzungen der Arbeiter und Beamten, gegen die anti-demokratischen Repressionsgesetze" aufgerufen. Außer den DISK-Gewerkschaften beteiligten sich mehrere in TÜRK-IS organisierte Einzelgewerkschaften, unabhängige Gewerkschaften, Jugend- und Frauenverbände sowie alle fortschrittlichen Parteien und Berufsverbände. Es war die größte Demonstration seit dem 1. Mai 1979. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß der faschistische Terror täglich rund 10 Opfer verlangt und tausende von Bürgern durch die Polizeisperren an der Teilnahme verhindert wurden. Die Demonstration endete mit einer Kundgebung, auf der der Vorsitzende des DISK, Bastürk, zu den Arbeiternsprach.

Am 31. Januar beschlossen die Führungsorgane des progressiven Gewerkschaftsverbandes DISK Massenaktionen und einen landesweiten Generalstreik gegen das Hungerprogramm der Demirel-Regierung: Alle demokratischen Kräfte wurden zur Aktionseinheit aufgerufen.

Kriegserklärung Demirel's an Stadt İzmir

Izmir ist eine Großstadt der Türkei, in der bis heute die MHP-Faschisten nicht Fuß fassen konnten. In Folge dessen kam es hier relativ selten zu Terrorüberfällen. Daher konnte kein Vorwand gefunden werden, um auch hier das Kriegsrecht auszurufen. Izmir blieb als einzige Großstadt vom Kriegsrecht verschont. Knapp drei Monate nach dem Regierungsantritt und 20 Tage nach dem Ultimatum der Generäle fühlte sich die Demirel-Regierung stark genug, um die "Operation Izmir" einzuleiten.

Hintergrund des Angriffs auf İzmir

TARIS ist ein staatlich kontrollierter Großbetrieb in Izmir mit mehr als 11 000 Beschäftigten. Er ist der wichtigste Abnehmer der landwirtschaftlichen Produkte in der West-Türkei. Die "Grauen Wölfe" wollen diesen wichtigen Betrieb als strategischen Stützpunkt für terroristische Aktionen in Izmir und Umgebung benutzen, wie sie das bereits während der Regierungen der "Nationalistischen Front" unter Demirel 1975 - 78 getan hatten. Zu diesem Zweck wird eine Gruppe von ausgesuchten MHP-Killern im Betrieb eingestellt. Ihr erstes Ziel ist die Zerschlagung der gewerkschaftlichen Organisation. Wenn die legitime gewerkschaftliche Vertretung der Kollegen ausgeschaltet ist, können sie durch Terror die übrige Belegschaft einschüchtern und jeglichen Widerstand brechen. Damit wird dieser Großbetrieb zu einem Waffendepot und Unterschlupf für die Mord-Banden der MHP. Von hier aus können sie nicht nur die Bewohner von Izmir überfallen. Die weitverzweigten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen des Taris mit hunderten von Dörfern und Kleinstädten erlauben die Organisierung weiterer Terror-Zentralen in der ganzen West-Türkei.
Zur Einschätzung des Überfalls auf TARIS muß auch berücksichtigt werden, daß diese auf genossenschaftlicher Basis mit staatlicher Kontrolle betriebene Unternehmung durch ihre Aktivität auf dem Gebiet des Aussenhandels die Interessen des Großkapitals beeinträchtigt hatte. Diese Kreise drängten schon seit einiger Zeit darauf, daß die entsprechenden Initiativen der TARIS untersagt werden.
Die Methoden der MHP-Faschisten sind in Taris bekannt. Schon 1977 hatten sie die Arbeiter überfallen, zusammengeschlagen, Frauen der Gewerkschaftsmitglieder bzw., die Gewerkschaftskolleginnen vergewaltigt. Ihr Treiben hatte selbst bei den Abgeordneten der Gerechtigkeitspartei von Demirel große Empörung ausgelöst. So schrieb z.B. der Abgeordnete Talat Asal, der heute Minister für Jugend und Sport ist, 1977 an Ministerpräsident Demirel über die "Grauen Wölfe" in Taris: "Diese Barbaren sind unter dem Schutz von Aydin Tanyel. Sie sind unter seiner Führung. Als erste vorbeugende Maßnahme muß dieser Mann aus dem Dienst entfernt werden". (Tanyel war von der Demirel-Regierung als stellvertretender Generaldirektor von Taris ernannt worden, nach diesem Brief wurde er zum Generaldirektor befördert!)

Überfall auf Tariş

Am 22. Januar überfiel die Polizei unter dem Vorwand einer "allgemeinen Durch-

suchung" die Taris-Werke. Nicht einmal die von der Demirel-Regierung neu ernannte Firmenleitung wurde benachrichtigt. Der Überfall wurde laut Aussage der Polizisten unmittelbar vom Innenminister angeordnet. Mit Panzern ausgerüstete und durch die Gendarmerie unterstützte Polizeieinheiten stürmten den Betrieb.
Bei der Durchsuchung der Arbeiter- und Werksräume wurde nichts gefunden. Die Arbeiter wurden brutal verprügelt. Empört über die Brutalität der Polizei versammelten sich die Bewohner der umliegenden Arbeitersiedlungen vor dem Betrieb. Mit Panzern versuchte die Polizei die Bevölkerung zu vertreiben, was nicht gelang. Daraufhin wurden in mehreren Stadtteilen Razzien durchgeführt. Wiederum wurden Hunderte von Arbeitern und Angehörigen festgenommen. Die Gewerkschaft teilte ferner mit, da- 50 Arbeiter mit Gewalt zur Arbeitsaufnahme gezwungen und in der Betriebshalle mehrere Polizeikugeln gefunden wurden. Der Bürgermeister von Gültepe (Vorort von Izmir) , der sich mit den bedrohten Taris-Arbeitern solidarisch erklärte, wurde von der Polizei festgenommen und gefoltert. Er liegt mit schweren Rippenbrüchen im Krankenrevier des Gefängnisses. Seine Angehörigen, selbst Abgeordnete dürfen ihn nicht sehen. Der Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei, Akman, erklärte vor der Presse, daß das Leben des Bürgermeisters in Gefahr ist.
Die Kommunistische Partei der Türkei (TKP) hat den Überfall auf TARIS scharf verurteilt und ihre Solidarität mit den TARIS-Kollegen bekräftigt. Die Sozialistische Arbeiter Partei der Türkei (TSIP) sowie die Arbeiterpartei der Türkei (TIP) protestierten ebenfalls gegen das Vorgehen der Armee und der Polizei.

Minister betrügt die Arbeiter

Angesichts der massiven Proteste versprach der Handelsminister persönlich, daß keine Entlassungen vorgenommen werden würden. Nur sechs Tage nach diesem Versprechen gab der Generaldirektor der Taris-Werke die Entlassung von tausenden Beschäftigten bekannt. Zugleich war zu erfahren, daß bereits über 1000 MHP-Anhänger eingestellt wurden. Unter den Entlassungslisten, die in den Zeitungen veröffentlicht wurden, befinden sich die Namen von Krankgeschriebenen, im Urlaub Befindlichen und sogar von verstorbenen Kollegen. Das beweist noch einmal, daß es sich um einen von langer Hand vorbereiteten Plan handelt.

Tariş-Arbeiter schützen ihren Betrieb

Gegen den brutalen und durch nichts gerechtfertigten Willkürakt beschloß die Betriebsgewerkschaftsleitung Widerstand zu leisten. Sie erklärte, daß die Arbeit so lange niedergelegt wird, bis die Polizei die Taris-Werke verläßt, die festgenommenen Kollegen freigelassen und die Entlassungen zurückgenommen werden.
Auch in der Bevölkerung entstand breite Solidarität mit den Taris-Beschäftigten. In verschiedenen Stadtteilen von Izmir wurden Protestkundgebungen durchgeführt. 100 000 Arbeiter unterstützten ihre 11 000 bedrohten Kollegen mit einem zweitägigen Generalstreik.

Großangriff mit 10.000 Kommandosoldaten gegen 3.000 Arbeiter

Die TARIS-Spinnerei in Cigli/Izmir, die von 1500 entlassenen Kollegen und Kolleginnen besetzt war, wurde am 14. Februar von 10 000 Soldaten umstellt. Die Soldaten wurden durch Panzer, Hubschrauber und Flugzeuge unterstützt. In- und ausländischen Journalisten, die das Vorgehen der Armee beobachten

wollten, wurden ihre Kameras abgenommen und die belichteten Filme wurden vernichtet. Die Journalisten mußten sich entfernen.
Nach der Umstellung des Betriebsgeländes wurden die Vertreter der Arbeiter herausgerufen. Sie wurden aufgefordert, mit ihren Kollegen zu sprechen, damit sich alle Arbeiter bedingungslos ergeben. Die Arbeiter erklärten nach einer kurzen Beratung, daß sie entschlossen sind, ihre Arbeitsplätze auch gegen Panzer zu verteidigen. Daraufhin wurden die Tore der Spinnerei mit Panzern zertrümmert, aus vier Richtungen stürmten die Soldaten die Fabrikhalle, in der sich die Arbeiter befanden. Um 16.00 Uhr wurde die Fabrik vollkommen ausgeräumt und alle 1500 Männer und Frauen wurden festgenommen. Sie wurden in eine Sporthalle in Karsiyaka (Stadtteil von Izmir) eingesperrt.

Angesichts des brutalen Vorgehens der Armee gingen die Bewohner der ausgedehnten Arbeitersiedlungen von Izmir auf die Straße und protestierten mit spontanen Demonstrationen. Auf wichtigen Straßen wurden Barrikaden errichtet.
Armee und Polizei verhafteten hunderte von Bürgern, darunter auch Frauen mit Kleinkindern und brachte sie in das Atatürk-Stadion. Das Stadion wurde von Soldaten und Panzerfahrzeugen umstellt. Zahlreiche Demonstranten zogen sich in die Arbeitersiedlungen zurück. Soldaten und Sondereinheiten der Polizei griffen auch die Siedlungen an und nahmen nach stundenlangen Kämpfen eine große Anzahl von Personen fest. Dabei kam es zu Schießereien, wobei drei Polizisten erschossen wurden.

Generalstreik in İzmir

Als Protest gegen den Überfall auf Taris beschloß der DISK am 14. und 15. Februar einen zweitägigen Generalstreik in Izmir durchzuführen. In allen Betrieben, in denen die Arbeiter und Angestellten bei den DISK-Gewerkschaften organisiert sind, legten sie ab 17.00 Uhr die Arbeit nieder. Auch die Bankangestellten und Beamten beteiligten sich an dem Generalstreik. Gegen 12.30 Uhr beschlossen die Beschäftigten der Stadt, sich den streikenden Arbeitern, Angestellten und Beamten anzuschließen. Damit wurde das öffentliche Leben in der ganzen Stadt völlig lahmgelegt. Alle Behörden, Krankenhäuser, Büros und Fabriken schlossen ihre Tore. Die öffentlichen Verkehrsmittel fuhren nicht mehr. Lehrer und Studenten solidarisierten sich mit den Streikenden. In allen Universitäten von Izmir wurde ein Vorlesungsstreik durchgeführt. In der Stadt kam es überall zu Solidaritäts-Kundgebungen und -Demonstrationen. Während der Generalstreik erfolgreich durchgeführt wurde, beschlossen die Arbeiter, die in den anderen Gewerkschaften organisiert sind, den Generalstreik mit einem Bummelstreik zu unterstützen. Der Generalstreik ist, wie beschlossen, nach zweitägiger disziplinierter Durchführung beendet worden.

Ecevit: Das sind Gestapo-Methoden

"Demirel-Regierung ist verantwortlich für die schlimmste Unterdrückung, die die Welt seit dem Zusammenbruch des Regimes Idi Amins von Uganda erlebt hat. Demirel und der Führer des MHP (Die faschistische "Partei der Nationalistischen Bewegung" - Die Übersetzer), Türkes, benutzen Methoden, wie sie die grausamsten Nazi-Generäle oder Gestapo-Offiziere benutzt haben."

Ecevit am 14.2.80 zur
Unterdrückungspolitik der Demirel–Regierung:

"Die Regierung beabsichtigt ein veraltetes Latein-Amerika-Modell, sogar in verschärfter Form, in der Türkei anzuwenden. Ein derartiges Modell kann in keinem

Land angewandt werden, ohne die Rechte der Arbeiter zu vernichten. Jetzt sind die Karten offen auf dem Tisch, die Gefahr liegt vor unseren Augen. Ich hoffe, daß auch die Arbeiterorganisationen diese Gefahr erkennen und im Rahmen des demokratischen Rechtsstaates den Widerstand aufnehmen."

Ecevit am 30.1.80 zum
"Sanierungsprogramm" der Demirel-Regierung:

Maoistische und ultra " linke" Terroristen vom Geheimdienst dirigiert

Die maoistischen und terroristischen Gruppen richten ihre Angriffe nicht so sehr gegen rechts, sondern vielmehr gegen die Gewerkschaften und fortschrittlichen Organisationen. Bei der 1. Mai-Kundgebung 1977 in Istanbul, an der über eine halbe Million Menschen teilnahmen, organisierten sie zusammen mit den Faschisten und der Polizei einen brutalen Überfall. Dabei wurden 34 Menschen ermordet und mehrere Hundert verletzt.
Bis heute wurde kein einziger für dieses Blutbad vor Gericht gestellt oder auch nur verhaftet, obwohl die Namen einzelner Geheimdienst-Agenten, die gemeinsam mit Maoisten auf die Menge geschossen haben, durch die Presse veröffentlicht wurden. Täter wurden sogar beim Schießen auf die Menge fotografiert.
Die maoistischen und terroristischen Gruppen sind ein bevorzugtes Betätigungsfeld für Geheimdienstleute. Einer der jetzigen Leibwächter von Demirel war 1970 bei den Ultralinken. Ähnlich ist es bei Mahir Kaymak, der heute eine hohe Funktion bei der Geheimpolizei (MIT) inne hat. Er war einer der bekanntesten Anführer der Ultralinken.
Ferner ist es bekannt, dass die Entführung und Ermordung des israelischen Generalkonsuls Elrom, 1971, von dem türkischen Geheimdienst dirigiert wurde. Elrom wurde von dem Agent "Hauptmann Ilyas",der in der Führung der betreffenden "links-radikalen„ Terrororganisation saß, eigenhändig erschossen. Später tauchte "Hauptmann Ilyas" bei einem palästinensischen Lager auf, wo er Presseberichten zufolge von den Palästinensern als Agent vor Gericht gestellt und hingerichtet wurde.
Durch ihre Mordanschläge gegen Polizeibeamte, MHP-Funktionäre und Offiziere liefern sie der Reaktion den willkommenen Vorwand zur Unterdrückung der gesamten linken Opposition und zum Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten.

Mussolini's Gesetze noch in Kraft

§ 141

Diejenigen, die auf irgendeine Art und Weise oder unter irgend einem Namen versuchen Vereinigungen zu gründen, oder tatsächlich gründen, oder ihre Tätigkeit ordnen oder leiten, oder beraten, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu begründen, oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden sozialen oder wirtschaftlichen Grundordnungen im Lande zu stürzen, werden zu 8 bis 15 Jahren Zuchthausstrafe verurteilt.
Wer einige oder alle solche Vereinigungen leitet wird zum Tode verurteilt.

§ 142

Derjenige, der in irgendeiner Weise Propaganda betreibt, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu begründen, oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden sozialen oder wirtschaftlichen Grundordnungen im Lande zu stürzen, wird zu 5 bis 10 Jahren Zuchthausstrafe verurteilt.

Aufgrund dieser §§ wird auch das Verbot der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) aufrechterhalten.

Die §§ 141 und 142, die 1936 von Mussolini - Italien übernommen und inzwischen sechs mal verschärft wurden, richten sich nicht nur gegen Kommunisten, sondern gegen alle fortschrittlichen Menschen.

Die Demirel-Regierung hat ihre Absicht einer weiteren Verschärfung dieser §§ bekanntgegeben.

Gewerkschaftsführer verhaftet

Das Militärgericht der ersten Armee in Istanbul hat am 14. Januar 1980 Haftbefehle gegen führende Gewerkschafter erlassen. Betroffen sind:
Kemal Türkler: Vorsitzender der größten Metallarbeitergewerkschaft der Türkei, MADEN-IS und langjähriger Vorsitzender des fortschrittlichen Gewerkschaftsbundes DISK.
Mehmet Karaca: Generalsekretär der MADEN-IS, ehemaliger Generalsekretär des DISK.
Bahtiyar Erkul und Kemal Daysal: Stellvertretende Vorsitzende der MADEN-IS.
Metin Denizmen: Vorsitzender der BANKSEN (Gewerkschaft für Handel, Banken und Versicherungen).
Cevat Özhasirci: Vorsitzender der BAYSEN (Gewerkschaft der Arbeiter beim Ministerium für Aufbau und Entwicklung).
Necdet Onaran: Vertrauensmann der MADEN-IS.
Die Entscheidung des Militärgerichts kam auf erneutes Ersuchen der Kriegsrechtskommandantur zustande. Die erste Instanz hatte den Haftantrag zurückgewiesen.
In dem Haftbefehl wird darauf verwiesen, daß die Gewerkschafter durch das Singen der Internationale auf dem Gewerkschaftstag der MADEN-IS (19.-22.12.79) kommunistische Propaganda betrieben und somit gegen den § 142 des Strafgesetzbuches verstoßen hätten.
Die Verfolgung der Gewerkschaftsführer ist offenbar auf höchster Ebene beschlossen worden. Das Armeegericht wird als bloßes Werkzeug benutzt. So hatte die neralität in ihrem am 2. Januar bekanntgewordenen Ultimatum wörtlich erklärt: "Unsere Nation wird diejenigen nicht mehr dulden, die die durch unsere Verfassung gewährleisteten breiten Freiheiten mißbrauchen und die kommunistische Internationale singen." Es ist bezeichnend für das anti-demokratische Regime in der Türkei, daß schon das Singen eines Arbeiterliedes als Vorwand zur Verfolgung der angesehensten Gewerkschaftsführer dienen kann. Sicher ist es kein Zufall, daß gerade kurz vor der Bekanntgabe des "Hunger-Programms" der Demirel-Regierung und mitten in den laufenden Tarifverhandlungen gegen MADEN-IS vorgegangen wird, die den Kern der Gewerkschaftsbewegung in der Türkei bildet.
Nach einer Reihe von Protestaktionen aus dem In-u. Ausland,(Die Belegschaften mehrere Betriebe gingen geschlossen vor das Gefängnis und erklärten, daß sie ihre gewerkschaftlichen Vertretr besuchen wollten) wurden die Gewerkschaftsführer wieder freigelassen. Das Gerichtsverfahren gegen sie wird jedoch fortgesetzt.

Presseerklärung der verhafteten Gewerkschafter

Dieses Urteil ist eine auf die gewerkschaftlichen, demokratischen Rechte und Freiheiten gerichtete ernsthafte Drohung.
In der kurzen Zeit zwischen dem Haftentlassungsbeschluß und dem (erneuten) Haftbefehl wurde die Verwaltungsstelle der Gewerkschaft MADEN-IS in Gaziantep gestürmt und ihre Räume wurden versiegelt. Polizeikräfte stürmten ebenfalls

die Räume der Bezirksverwaltung Ankara. Sie nahmen den Bezirksvorsitzenden fest. Desgleichen geschah mit einem Verbindungsbüro der Gewerkschaft GIDA-IS (NGG). Die Verwaltungsstelle Kocaeli der AŠTER-IS (Gewerkschaft des Zivilpersonals in Rüstungsbetrieben) wurde vom Provinzgouverneur geschlossen.

Bemerkenswert gerade im Zusammenhang mit diesen anti-demokratischen Repressionen ist die Tatsache, daß dieser letzte Haftbefehl am selben Tag ergangen ist, an dem einige Staatsanwälte der Kriegsrechtsjustiz in Istanbul (die auch gegen die MHP vorgingen - die Übersetzer) entlassen worden sind. Eben diese Tatsache macht deutlich, welche Bedeutung diesem Haftbefehl zukommt.

Es liegt klar auf der Hand, warum einerseits gegen die Gewerkschaften, die den untrennbaren Kampf um Brot und Demokratie zehntausender Arbeiter vorantrieben, Repressionen vielseitig verschärft werden, während andererseits die Propaganda der MHP und ihrer sogenannten "Gewerkschaften" über den Staatsrundfunk TRT immer größeren Umfang annimmt, gerade so, als ob man sich über das Volk belustige. Gemeint sind hier die sog. "Gewerkschaften" der MHP, in deren Zentrale Bomben hergestellt werden, in deren Lokalen Sicherheitskräfte Waffen, Sprengstoff und Exekutionslisten vorfanden.

Wir haben häufig darauf hingewiesen, daß der Kampf für Brot nur dann zum Erfolg und Fortschritt führt, wenn er mit dem Kampf für Demokratie eine Einheit bildet. Das Monopolkapital, die reaktionären Kräfte versuchen eben diesen Kampf für Brot zu verhindern, indem sie die demokratischen Rechte beschneiden und niederdrücken. Gerade hier liegt der Kern der vielseitigen anti-demokratischen Unterdrückung und der Anschläge gegen die gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten.

Die Unterdrückungsmaßnahmen werden gerade in der Zeit der Tarifverhandlungen für hunderttausende von Arbeitern verschärft, in einer Zeit, in der die Aktionseinheit zwischen den Mitgliedsgewerkschaften der Dachverbände DISK und TÜRK-IS konkrete Gestalt annimmt. Gerade in der Zeit, da der Vorsitzende der Vereinigung der monopolistischen Metallbosse zum Staatssekretär beim Ministerpräsidentenamt der Minderheitsregierung von Demirel erkoren wurde, als die Tarifverhandlungen zwischen der MADEN-IS und der Metall-Arbeitgebervereinigung MESS scheiterten und die Anzeichen eines eventuellen Streiks sichtbar wurden, erließ man mit fadenscheinigen Begründungen Haftbefehle gegen die Gewerkschaftsführer. Dies ist ein offener brutaler Anschlag auf das Recht der Arbeiter auf Brot und auf menschenwürdiges Leben, gerade jetzt, wo die Monopole, die MESS-Bosse, versuchen, Arbeiter und Angestellte mit ökonomischem Terror zu unterjochen. Dies bedeutet eine offene Drohung gegen Arbeiter, die sich auf einen Streik vorbereiten. Dies bedeutet die Räumung des Feldes für die Organisationen der Monopole, die, trotz der Krise, ihre Profite verfielfachten.

Hinter den Angriffen gegen uns, gegen die fortschrittlichen Gewerkschaften, steckt die Absicht, die Last der Krise den arbeitenden Menschen aufzubürden. Das neue repressive Gesetzespaket sowie das Maßnahmenpaket zur Sanierung der Wirtschaft verfolgt ebenfalls dieses Ziel.

Auf der anderen Seite beabsichtigen die reaktionären und aggressiven Kräfte jegliche gesellschaftliche Opposition niederzudrücken, um so den Weg der gefährlichen Abenteuer gehen zu können, in die der US-Imperialismus Hand in Hand mit seinen inländischen Helfershelfern unser Land stürzen will. Deshalb wollen sie, die Kräfte, die die unbeirrbaren Verteidiger des Friedens in unserer Region und in der ganzen Welt sind, und die zu diesen Kräften gehörenden Gewerkschaften zum Schweigen bringen.

Dieser Haftbefehl erinnert an viele Aspekte der 13. März-Ära (der Machtübernahme faschistischer Generäle am 13. 3. 1971 - die Übersetzer).

Der Haftbefehl wurde vom Gericht der I. Armee erlassen - aufgrund des § 142 des Strafgesetzbuches - just an dem Tag, an dem vom Staatsgerichtshof verkündet wurde, daß der § 142 außerhalb des Geltungsbereiches des Kriegsrechts steht.

Diejenigen, die einen neuen 13. März herbeisehnen, werden an der Entschlossen-

heit unserer Mitglieder, an der Entschlossenheit aller demokratischen Kräfte scheitern.
Andererseits werden unsere Mitglieder den Tarifkampf unbeirrt fortführen und ihre Streikvorbereitungen beschleunigen. Niemand wird den Kampf der Arbeiter um Brot und Demokratie brechen können.
Wir rufen alle demokratischen Kräfte, Gewerkschaften und gewerkschaftliche Dachverbände, alle demokratischen Massen- und Berufsorganisationen zum gemeinsamen Vorgehen für die Demokratie gegen die Monopole auf.

Unterdrückung der Kurden

Im Zusammenhang mit den Beteuerungen, die geplante Wirtschafts- und Militärhilfe an die Türkei diene "zur Verteidigung der Demokratie und der freiheitlichen Ordnung", ist die Lage der Kurden in der Türkei aufschlußreich.
Die türkischen Regierungen verfolgten gegenüber dem kurdischen Volk eine Politik der gewaltsamen Assimilation, wobei sie zu den brutalsten Mitteln griff. Jeder Kurde, der nicht bereit ist, seine nationale Identität zu verleugnen, wird zum Landesverräter erklärt. Das gleiche gilt auch für Türken, die sich gegen die Unterdrükkung der Kurden wenden oder auch nur die Existenz von Kurden innerhalb der Türkei feststellen. Die Provinzen in Türkisch-Kurdistan stehen de-facto unter einem Ausnahmerecht.
Bei der Unterdrückung des kurdischen Volkes machen die türkischen Regierungen seit dem Ende des II. Weltkrieges gemeinsame Sache mit den kurdischen Großgrundbesitzern und den Stammes- bzw. Ordensoberen. Dutzende von kurdischen Großgrundbesitzern und "Scheichen" sitzen als Abgeordnete der reaktionären Parteien im Parlament und dürfen als Belohnung für ihre "Loyalität" die kurdischen Bauern zügellos ausbeuten. Mit der Erstarkung der demokratischen Bewegung in der Türkei hat auch das kurdische Volk den Kampf für seine nationalen und demokratischen Rechte intensiviert. Weder der rassistisch-chauvinistischen Propaganda des türkischen Großkapitals noch den nationalistischen Organisationen der kurdischen Oberschicht ist es gelungen, das gemeinsame Vorgehen und die Aktionseinheit der kurdischen und türkischen Demokraten zu verhindern. Kurdische und türkische Arbeiter, Gewerkschafter, Jugendliche, Lehrer und Intellektuelle fordern gemeinsam die Respektierung des Selbstbestimmungsrechtes des kurdischen Volkes. Die Losung "Schluß mit der chauvinistischen Unterdrükkungspolitik" ist zu einem ständigen Bestandteil der Mai-Kundgebungen geworden.
Diese Entwicklung hat die Machthaber in der Türkei erschreckt.In dem am Jahresanfang bekanntgewordenen Ultimatum der Armeespitze wird ausdrücklich auf die "Kräfte, die das Land spalten wollen" verwiesen. Wieder einmal bringt die türkische Regierung das Kunststück fertig, einerseits die Existenz von Kurden in der Türkei zu leugnen, andererseits aber von "der Gefahr des kurdischen Separatismus" zu sprechen. Wie schon früher geht auch heute der Abbau der demokratischen Rechte, die Verfolgung der Gewerkschaften mit verschärfter Unterdrückung des kurdischen Volkes einher. Hier sind einige der jüngsten Beispiele:
Bereits im Frühjahr 1979 wurde das Kriegsrecht, das in allen Großstädten und Industriezentren (mit Ausnahme von Izmir) galt, auch auf die Provinzen in Kurdistan ausgedehnt. Die Kriegsrechtskommandanten haben als eine der ersten Maßnahmen alle demokratischen Organisationen der Kurden verboten.

99 Tage Demirel-Regierung: 571 politische Morde.

Der faschistische Terror in der Türkei hat seit dem Machtantritt der Demirel-Regierung kaum vorstellbare Ausmaße erreicht. Es ist bemerkenswert, mit welcher

Hartnäckigkeit die angeblichen Vorkämpfer für Menschenrechte angesichts dieser massenhaften Verletzungen des grundlegenden Menschenrechtes auf Leben ihr Schweigen fortsetzen, ja sogar verstärkte Hilfe für die Komplizen der Mörder fordern. Stellvertretend für die über 2500 Opfer des faschistischen Terrors geben wir die Namen der fortschrittlichen Wissenschaftler an, die in den letzten zwei Jahren von den Faschisten ermordet wurden. Keiner ihrer Mörder wurde bis heute verurteilt.

Professor Cavit TÜTENGIL
Professor Dr. Ümit DOGANAY
Dr. Necdet BULUT
Dr. Fikret ÜNSAL
Dozent Dr. Bedrettin CÖMERT
Professor Bedri KARAFAKOIGLU
Dozent Orhan YAVUZ

Trotz unwiderlegbarer Beweise für die Verantwortlichkeit der MHP (die "Partei der Nationalistischen Bewegung" des Ex-Oberst Türkes, bekannt als "Graue Wölfe") und ihrer Ableger für diesen Terror werden keinerlei Maßnahmen gegen diese Organisation ergriffen. Im Gegenteil, pflichtbewußte Beamte und Offiziere, die unter der Ecevit-Regierung gegen die MHP vorgingen, wurden von Demirel ihrer Ämter enthoben; so der Polizeipräsident von Ankara und die Richter und Staatsanwälte des Militärgerichts von Istanbul.

Tod durch Folter

Hüseyin Karakas, 20 Jahre, Krankenpfleger in Ankara, wurde am 24. November 1979 verhaftet. Er hatte anläßlich des ersten Jahrestages des Massakers von Kahramanmaras zusammen mit seinen Kollegen protestiert. Karakas wurde ins Polizeirevier und von dort ins Polizeipräsidium gebracht. Danach lieferte man ihn im Krankenhaus ein, wo er bald starb. Befund der Ärzte: Bluterguß im Gehirn

Karakas starb an den Folgen der Folterungen im Polizeipräsidium. Seine Mörder bleiben unbehelligt. Das ist kein Einzelfall. Schwere körperliche Mißhandlungen bis hin zu systematischen Folterungen durch Polizei und Armee sind in der Türkei die Regel. Insbesondere die Geheimpolizei MIT hat sich durch ihre grausamen Foltermethoden einen zweifelhaften Ruhm erworben. Einige der berüchtigsten Folterer sind namentlich bekannt. Kein einziger wurde bis heute zur Verantwortung gezogen.

Fast alle demokratische Organisationen verboten

IGD	(Fortschrittlicher Jugendverband)
IKD	(Fortschrittlicher Frauenverband)
TÜMDER	(Beamtenverband)
TÜTED	(Verband der technischen Angestellten)
POLDER	(Polizeiverband)
TÖB-DER	(Lehrerverband)
DDKD	(Progressiver Demokratischer Kulturverein)
DHKD	(Progressiver Volks-Kulturverein)
TÜSDER	(Verband der Beschäftigten im Gesundheitswesen)

Da in der Türkei die gewerkschaftliche Organisierung von Beamten und staatlichen Angestellten seit 1971 verboten ist, haben sich diese in großen Vereinen und Berufsverbänden organisiert. Nun wurden die meisten von ihnen verboten und die führenden Mitglieder verhaftet.

Aus der Erklärung der Kommunistischen Partei der Türkei

"Die Generalität stellte den Parteien im Parlament und den Verfassungsmäßigen Institutionen ein Ultimatum. Damit wollen sie als erstesdie von den imperialistischen Kreisen und der monopolistischen Bourgeoisie gewünschte Zusammenarbeit der Gerechtigkeitspartei und der Republikanischen Volkspartei durchsetzen. Dieser Schritt der Generale, die mit der Drohung die formal-parlamentarische Instutionen zu beseitigen, gekoppelt wurde, eröffnet eine neue Phase der Politischen Krise. Das Gewicht der militärischen Clique in dem Herrschaftssystem des Landes nimmt zu. Ihre Kontrolle über die Innen-und Aussenpolitik wird enger, obwohl sie die Herrschaft nicht unmittelbar in die eigenen Hände genommen haben.
Dieses Ultimatum der Armeespitze ist mit den agressiven Plänen des Imperialismus verbunden, sowohl in unserer Region wie auch weltweit die Spannungen zu erhöhen. Der amerikanische Imperialismus, der seine Positionen im Iran eingebüßt hat und dessen Pläne zur Unterwerfung von Afghanistan vereitelt wurden, versucht in unserer Region neue Militärpakte zu bilden und neue Stützpunkte zu errichten. Zur Verwirklichung seiner hegemonistischen Ziele konzentriert er seine Streitkräfte in der Region. Die herrschenden Klassen wolen die Türkei zu einem Werkzeug der agressiven Pläne der USA im Nahen und Mitteleren Osten machen. Zu diesem Zweck wird einerseits der Anti-Sowjetismus geschürt. Andererseits werden die geheimen Verhandlungen mit den USA zur Unterzeichnung des Abkommens zur militarischen "Zusammenarbiet" mit dem unsere Unabhängigkeit und Souveranität noch mehr beschnitten werden, forciert.
Das Ultimatum der höchsten Generale bezweckt im Inneren, die Last der Kriese noch mehr auf die Schultern der wertätigen Massen abzuwälzen und die Arbeiterklasse in ihrem Tarif-Kämpfen gegen die Monopole zur Kapitulation zu zwingen. Die berechtigten Forderungen des kurdischen Volkes gegen die nationale Unterdrückung und Diskriminierung sollen mit Gewalt niedergehalten werden . Um den Einfluß des anti-imperialistischen Kampfes der benachbarten Völker des Irans und Afghanistans zu neutralisieren, schürt die militärische Clique die Differenzen innerhalb der glaubigen Massen und zwischen den verschiedenen Glaubensrichtungen, sie verstärkt die Repressionen. Die faschistische MHP und ihre Ableger verstärken den blutigen Terror.
Unter den gegebenen Bedingungen wollen die herrschenden Klassen einerseits die Beilegung der Konflikte zwischen den verschiedenen politischen Richtungen der Bourgeo sie, andererseits bereiten sie einen Angriff auf die demokratischen und fortschrittlichen Organisationen des Volkes vor, wollen mit neuen Gesetzen und "Staatssicherheitsgerichten" die demokratischen Rechte und Freiheiten vergewaltigen. Das sind die Ziele des Ultimatums. Damit will die militäristische Clique der Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte gegen die Demirel-Regierung, einem neuen revolutionären Höhepunkt der Massenbewegung zuvorkommen."

Matthöfers Wahlkreis kritisiert "Türkei-Hilfe"

In einem einstimmig angenommenen Beschluß des SPD unterbezirksparteitages (22/23. 3. 1980) wird festgestellt, daß die Demirel-Regierung einen Kurs auf Diktatur eingeschlagen und Willkürmaßnahmen gegen Arbeiter -und Gewerkschaftsbewegung (Verbote,Verhaftungen, Folter) getroffen hat. Die Bundesregierung wird aufgefordert, "die für die Türkei vorgesehene Wirtschafts-und Militärhilfe nicht ausschließlich aus militärstrategistischen Gesichtspunkten ausgehend zu bestimmen..."

Türkei–Wirtschaft: "Faß ohne Boden"

Die tiefe Wirtschaftskrise, in der die Türkei steckt, macht inzwischen auch in der bundesdeutschen Presse Schlagzeilen. Man "erinnert sich", daß in der Türkei 20-25 % (genauere Statistiken gibt es nicht) der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitslos sind, daß eine jährliche Inflationsrate von 100% herrscht und daß die Türkei nicht einmal mehr die allernotwendigsten Importe (wie z.B. Erdöl zur Betreibung der Kraftwerke und Heizöl zur Beheizung von Krankenhäusern) bezahlen kann. Diese plötzliche "Anteilnahme" der Massenmedien an der verzweifelten wirtschaftlichen Lage und der sich täglich zuspitzenden politischen Krise begleitet die Erklärungen maßgeblicher Politiker von einer notwendigen "Hilfe" an die Türkei. Daß es dabei nicht um Nächstenliebe geht, sondern vielmehr "die politische und wirtschaftliche Stabilisierung der Türkei den bundesdeutschen Beitrag zur Auseinandersetzung der NATO mit der UdSSR darstellen soll," wird offen ausgesprochen. Zu diesem Zweck reist der Finanzminister Matthöfer angeblich "mit einem Blankoscheck" in die Türkei.
Dennoch scheint man in Bonn über die Erfolgsaussichten dieses "Hilfsprograms" nicht gerade optimistisch zu sein. Kanzler Schmidt, der bereits 1976 die türkische Wirtschaft als "Saustall" bezeichnete, spricht laut "Spiegel" von einem "Faß ohne Boden".

Ursachen verschleiert

Trotz der gegenwärtig gesteigerten Interesse der Presse sucht man vergeblich nach detaillierten Informationen über die Ursachen der türkischen Wirtschaftskrise. Die Berichterstattung reduziert die Probleme auf die gestiegenen Erdölpreise und den Rohstoffbedarf der türkischen Industrie. Das ist jedoch eine grobe Vereinfachung mit der die eigentlichen Ursachen verschleiert werden sollen. Die gegenwärtige Krise ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen "Entwicklungspolitik" im Interesse des türkischen und des ausländischen Großkapitals, die von IWF (Internationaler Währungsfonds, Washington) und OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris) propagiert, von der BRD und den USA finanziert und den türkischen Regierungen durchgesetzt wurde. Einige Beipiele sollen diese Behauptung untermauern:

Energiepolitik im Interesse der Ölmultis

Zwiefellos belasten die steigenden Erdölpreise die Außenhandelsbilanz der Türkei. So gab die Türkei im Jahre 1979 für Ölimporte 3,2 Milliarden Dollar aus, während sich in dieser Zeit der Gesamtwert des Warenexports auf 2,9 Milliarden Dollar belief. Dabei verfügt die Türkei über eine ausreichende Energiebasis, die nur zu einem Bruchteil ausgenützt wird. So werden gegenwärtig weniger als 1 % der bekannten Braunkohlevorkommen und nur 10 % der Wasserkraftreserven ausgenützt. Diese absurde Situation ist die Folgeeiner Energiepolitik im Interesse der amerikanischen Ölmultis. Seit 1950 wurde die Stromerzeugung vorrangig auf das von den amerikanischen Konzernen gelieferte Erdöl basiert, statt die heimische Braunkohle- und Wasserkraftreserven auszunutzen.

"Montage-Industrie" belastet Zahlungsbilanz

Das gleiche gilt auch für die verarbeitende Industrie. Jahrzehntelang wurde ganz bewußt der Aufbau einer eigenen Schwerindustrie hintertrieben und dem Land eine "Montageindustrie" aufgezwungen, die lediglich die letzten Verarbeitungsstufen der jeweiligen Produktionskette umfaßt. Aufgrund dieser Struktur importiert heute die private Industrie über 60 % ihrer Vorprodukte (wertmäßig) von den multinationalen Konzernen. Ebenso müssen 80 % der Investitionsgüter importiert werden. Die Folge: Der Importbedarf steigt schneller als die Industrieproduktion.

Selbst die Landwirtschaft von Importen abhängig

Ein anschauliches Beispiel liefert die Düngemittelindustrie. Jahrzehntelang verhinderten amerikanische Berater die Entwicklung dieses wichtigen Industriezweiges mit der Behauptung, daß die Türkei, wenn überhaupt, vorrangig eine Konsumgüterindustrie aufbauen müsse. Als diese Position unhaltbar wurde, er-

reichten sie im Einvernehmen mit den Demirel-Regierungen, daß die türkische Düngemittelindustrie nicht auf der Basis der reichlich vorhandenen Braunkohle, sondern des von den amerikanischen Ölkonzernen verkauften Erdöls aufgebaut wurde. Auf diese Weise wurde erreicht, daß heute nicht nur die türkische Industrie sondern auch die Landwirtschaft stark import-abhängig ist. Mehr als die Hälfte des verbrauchten Düngers wird importiert. Bei der inländischen Produktion müssen mehr als 60 % der Vorprodukte importiert werden.

Monopolkapital gegen Ausbau der Schwerindustrie

Wie diese wenigen Beispiele zeigen, liegt die Ursache der chronischen Handelsbilanzdefizite der Türkei nicht in einer ungünstigen Preisentwicklung, sondern in der abhängigen Struktur der türkischen Volkswirtschaft. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme können nur überwunden werden, wenn mit der Errichtung einer eigenen Schwerindustrie die notwendige Basis für eine zügige Industrialisierung geschaffen wird. Da jedoch die großen Investitionen, die hierzu notwendig wären, für das Privatkapital nicht profitabel genug sind, kommt für diese Aufgabe nur der staatliche Sektor in Frage. Das aber widerspricht den Interessen der türkischen Großkapitalisten, die die Ausdehnung des staatlichen Sektors verhindern wollen. Ebenso sperrt sich das internationale Monopolkapital dagegen, weil es eine Lockerung der türkischen Abhängigkeit befürchtet.

Hälfte der Bevölkerung am Existenzminimum

Seit 1978 hat die jährliche Inflationsrate in der Türkei 100 % erreicht. Organisationen wie IWF und OECD machen hierfür die Löhne verantwortlich. Handelsblatt und FAZ, CDU Generalsekretär Geißler und andere "hilfsbereite Freunde" pflichten ihnen bei und machen das Einfrieren der Löhne zu einer Vorbedingung für neue Kredite.. Dem ist entgegenzuhalten,
- daß nach offiziellen Statistiken die Reallöhne im Zeitraum 1977-79 um mehr als ein Drittel gefallen sind; dabei sind die neuesten Preiserhöhungen im Januar 1980 noch nicht berücksichtigt.
- daß schon vor 1977 nach offiziellen Angaben der Anteil der Personalkosten am Bruttoproduktionswert in der türkischen verarbeitenden Industrie lediglich 11 % betrug (zum Vergleich: 1976 betrug in der BRD der gleiche Anteil fast 26 %);
- daß nach Angaben des letzten Fünfjahresplanes fast die Hälfte der Bevölkerung unter verschiedenen Arten von Unterernährung leidet;
- daß nach offiziellen Angaben 59 % (neunundfünfzig)* aller lebendgeborenen der sterben, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreichen und zwar hauptsächlich wegen mangelnder Ernährung.

30 % des Haushalts für Rüstung

Angesichts dieser Tatsachen ist es eine grobe Täuschung, die "Konsumgewohnheiten der Bevölkerung" für die Inflation verantwortlich zu machen. Damit will man die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den eigentlichen Ursachen der Inflation ablenken. So wird wohlweislich verschwiegen, daß die Türkei seit über zehn Jahren für Armee und Polizei rund ein Drittel des Staatshaushaltes abzweigt. Seit 1970 übertrafen die Ausgaben für Armee und Polizei die Summe aller (staatlich und privat) Investitionen in die (verarbeitende) Industrie. Die Rüstungsausgaben sind insbesondere seit der Zypern-Invasion im 1974 sprunghaft gestiegen 1976 betrug der Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt der Türkei mit 6,8 % mehr als doppelt so hoch wie z.B. in Italien (2,5 %) und weit höher als der NATO- Durchschnitt (4,4 %). Die Programme, die gegenwärtig "zur militärischen Stabilisierung der Türkei" von der NATO vorbereitet werden, werden zweifellos die Rüstungsausgaben weiter steigern und die Inflation noch mehr anheizen.

Verschuldung ermöglicht massive Einmischung

Infolge der chronischen Importüberschüsse und der steigenden Rüstungsausgaben wächst die Auslandsverschuldung der Türkei im raschen Tempo. Die genaue Höhe der Schulden wird geheimgehalten. Die Ecevit-Regierung sprach im Frühjahr 1978 von 9 Milliarden, im Oktober des selben Jahres von 19 Milliarden Dollar. Londoner Finanzkreise schätzen die tatsächliche Summe auf mindestens 24 Milliarden

Dollar. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß nach optimistischen Prognosen 1980 mindestens 50 % der Exporterlöse zur Tilgung der fälligen Schulden und Zinsen verwendet werden müssen. Da ohnehin ein Importdefizit von mindestens 3 Milliarden Dollar zu erwarten ist, ist die Türkei auch 1980 praktisch zahlungsunfähig.
Diese Zahlungsunfähigkeit versetzt potentielle "Geldgeber" (vor allem USA und BRD) in die Lage, der Türkei eine "Entwicklungspolitik" im Sinne des amerikanischen und des bundesdeutschen Großkapitals zu diktieren. Als Mittelsmann fungiert dabei der IWF, der in den geheimen Verhandlungen mit den verschiedenen türkischen Regierungen folgende Bedingungen für neue Kredite genannt hat:

1. Drastische Abwertung und Beseitigung jeglicher Kontrollen über das ausländische Kapital:
2. Beschränkung der staatlichen Investitionen, Einfrieren der Pläne zum Aufbau einer eigenen Schwerindustrie;
3. Einfrieren der Masseneinkommen, insbesondere der Löhne;
4. Starke Preiserhöhungen für Güter des Massenbedarfs sowie für wichtige Grundstoffe der Industrie;
5. Nicht-Ausdehnung bzw. Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR.

Demirel verkündet Hunger-Programm

Nachdem bereits die Ecevit-Regierung im Juni 1979 dem Druck des IWF nachgegeben und eine Abwertung sowie weitreichende Preissteigerungen beschlossen und aufgrund dieser Politik die Wahlen im Oktober 1979 verloren hatte, leitete am 25. Januar die Demirel-Regierung ihr "Programm zur Sanierung der Wirtschaft" mit einer erneuten Abwertung um 33 % ein. Damit sank der Außenwert der türkischen Währung in weniger als zwei Jahren um 72 %. Gleichzeitig wurden mit einem Schlag die Preise für praktisch alle Güter und Dienstleistungen verdoppelt. Dieser Schritt reduzierte die Reallöhne, die seit 1977 mindestens um ein Drittel gesunken waren, noch einmal auf die Hälfte. Im selben Atemzug wurde angekündigt, daß sämtliche Kontrollen und Beschränkungen für das ausländische Kapital aufgehoben worden sind.
Die Demirel-Regierung hofft durch die Lahmlegung der Gewerkschaften und durch dieses "Sanierungsprogramm", das ganz den Wünschen der IWF und der OECD entspricht, das ausländische Kapital zur verstärkten Investitionen in der Türkei bewegen zu können. Er und die Kräfte, die hinter ihm stehen, setzen alles auf eine Karte: Um die eigenen Machtpositionen zu erhalten, soll die Türkei zum unbeschränkten Tummelplatz der internationalen Monopole werden.

Hilfe für Demirel ist Hilfe für die Reaktion

Gleichzeitig begann in der BRD eine breit angelegte Pressekampagne, mit der den Bundesbürgern die Milliarden-Unterstützung für die reaktionäre, pro-faschistische Demirel-Regierung als "Hilfe für einen bedrängten Verbündeten" schmackhaft gemacht werden soll. Im "Handelsblatt", dem Sprachrohr des bundesdeutschen Großkapitals, fordert man in Berichten und Kommentaren "für die Türkei unabhängig von parteipolitischen Erwägungen eine langfristige Arbeits- und Beschäftigungstherapie zu entwickeln und sie mit Nachdruck zu fördern". Der CDU-Generalsekretär Geißler, der als Gast der "Gerechtigkeitspartei" von Demirel die Türkei besuchte, erklärt im Rundfunk und Fernsehen, daß die Demirel-Regierung entschlossen sei, den Gürtel enger zu schnallen und daß ihr dabei mit umfangreichen Krediten geholfen werden müsse".
Diese Herrschaften scheinen aus den Erfahrungen, die die USA im Iran gemacht haben, immer noch keine Konsequenzen ziehen zu wollen. Es widerspricht den wohlverstandenen Interessen der Bundesrepublik, das Unterdrückungsregime von Demirel zu unterstützen.

Akute Gefahr einer militärisch-faschistischen Diktatur

Die Rechnung der Demirel-Regierung und ihrer ausländischen Ratgeber wird nicht

aufgehen. Da die strukturellen Ursachen der jetzigen Krise, d.h. die Abhängigkeit von den internationalen Monopolen, nicht beseitigt, sondern noch verstärkt werden, können selbst mehrere Milliarden Dollar neuer Schulden die ökonomische Lage nicht nachhaltig verändern. Die Türkei mit ihrer fast 45 Millionen zählenden Bevölkerung (die zudem jährlich um eine weitere Million zunimmt) und ihrer kämpferischen Arbeiterbewegung, wird sich nicht in ein zweites Taiwan oder Südkorea verwandeln lassen. Die "Maßnahmen" der Demirel-Regierung haben nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern auch Millionen der Mittelschichten unter das Existenzminimum gedrückt. Kleine und mittlere Unternehmer werden in den Ruin getrieben. Die soziale Basis des Monopolkapitals und seiner Verbündeten bröckeln ab. Neben den organisierten Massendemonstrationen und Streiks, die von den Gewerkschaften und Berufsverbänden getragen werden, berichtet die Presse über spontane Aktionen der Bevölkerung, die sich gegen die unerträglich gewordenen Verhältnisse wehrt. Die Demirel-Regierung und die ihn unterstützende Generalität werden diese Proteste unweigerlich mit brutaler Gewalt zu unterdrücken versuchen. Die Gefahr einer offenen militär-faschistischen Diktatur ist äußerst akut.

In dieser Situation gewinnt die aktive Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei eine größere Bedeutung als zuvor. Gerade weil die Demirel-Regierung auf Gedeih und Verderb auf die Unterstützung aus den USA und der BRD angewiesen ist, ist sie gegenüber Protesten der demokratischen Öffentlichkeit in der BRD besonders empfindlich. Das eröffnet die reale Möglichkeit, durch eine breite Solidarität den Spielraum der Reaktion in der Türkei wesentlich einzuengen.

* Aus Gründen der Lesbarkeit haben wir generell darauf verzichtet, Quellenangaben zu machen. Da jedoch in diesem Fall 59 % unglaubwürdig erscheinen mögen, geben wir die Quelle an: Wir stützen uns auf die Angaben des Vorsitzenden der Ärztekammer der Türkei, Dr. Erdal Atabek, die in "Cumhuriyet" vom 7. 1. 80 abgedruckt sind. Die gleiche Zahl beträgt in Chile 29 %, in Bulgarien 6,2 % und in Griechenland 7,6 %.

Einige der Ende Januar von der Demirel-Regierung bekanntgegebenen Preiserhöhungen:

Milch und Milchprodukte	**47 %**
Zucker	**90 %**
Zement (in zwei Stufen insgesamt)	**115 %**
Zeitungspapier	**129 %**
Papier zum Buchdruck	**400 %**
Baumwollstoffe	**100 %**
Schuhe	**100 %**
Nahverkehr (Eisenbahn)	**300-400 %**
Kunstdünger	**500-750 %**
Elektrischer Strom	**88-110 %**
Grundstoffe der chemischen Industrie	**45-111 %**

O

Ich protestiere nachdrücklich gegen die Verfolgung der Leitungen von MADEN-IS, BAYSEN und BANKSEN durch die Militärgerichte; gegen das Verbot der Gewerkschaftszeitung POLITIKA, gegen die Entlassung und Verhaftung von tausenden Kollegen und Kolleginnen sowie gegen Mißachtung der national-demokratischen Rechte des kurdischen Volkes. Ich fordere die sofortige Aufhebung der Verbote, die Einstellung der anti-demokratischen Gerichtsverfahren und die Aufhebung des Kriegsrechts.

Name ____________________

Beruf ____________________

Anschrift ____________________

____

Unterschrift ____________________

An die

Türkische Botschaft
Utestraße 47

5300 BONN–BAD GODESBERG

Ich protestiere nachdrücklich gegen die Verfolgung der Leitungen von MADEN-IS, BAYSEN und BANKSEN durch die Militärgerichte; gegen das Verbot der Gewerkschaftszeitung POLITIKA, gegen die Entlassung und Verhaftung von tausenden Kollegen und Kolleginnen sowie gegen Mißachtung der national-demokratischen Rechte des kurdischen Volkes. Ich fordere die sofortige Aufhebung der Verbote, die Einstellung der anti-demokratischen Gerichtsverfahren und die Aufhebung des Kriegsrechts.

Name ____________________

Beruf ____________________

Anschrift ____________________

____

Unterschrift ____________________

An die

Türkische Botschaft
Utestraße 47

5300 BONN–BAD GODESBERG